

Ergebnisniederschrift

Sitzung des IHK-Regionalausschusses Berchtesgadener Land
am Donnerstag, den 22. Mai 2025, um 15 Uhr bei der Firma Sanitär-Heinze,
Thomas-Dachser-Straße 2, 83404 Ainring

Tagesordnung

	Seite
Unternehmenspräsentation mit Führung Marius Heinze Sanitär-Heinze GmbH & Co. KG	
TOP 1 Begrüßung Irene Wagner Vorsitzende IHK Regionalausschuss Berchtesgadener Land	2
TOP 2 Bürokratie – Reformen dringend geboten Elke Christian IHK für München und Oberbayern	2
TOP 3 Tischumfrage – „Bürokratiehighlights“ aus der Praxis Alle	3
TOP 4 Von Schweden lernen? Best Practices Elke Christian	2
TOP 5 Aktuelles aus der IHK Elke Christian	5
TOP 6 Verschiedenes Irene Wagner	7

Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr

Ende der Sitzung: 17:05 Uhr

Anlagen:
Präsentationen

TOP 1: Begrüßung

Irene Wagner begrüßt von der Politik Landrat Bernhard Kern, Bürgermeister Martin Öttl und Bezirksrat Georg Wetzelsperger.

Ein besonderer Willkommensgruß gilt den Gästen Anja Friedrich-Hussong vom BGL-Wirtschaftsservice, Josef Stöckl von der Agentur für Arbeit Bad Reichenhall sowie Sophie Renoth, die erstmal an der Sitzung teilnimmt.

Neben dem Ehrenamt mit den Gremiumsmitgliedern wird das Hauptamt der IHK herzlich willkommen geheißen.

Frau Wagner gratuliert hierbei Armin Nowak für seine kürzlich erhaltene Auszeichnung zu 30 Jahre ehrenamtliche Prüfertätigkeit bei der IHK.

Besonderer Dank und herzlicher Gruß richten sich an den heutigen Gastgeber, Marius Heinze, für die Einladung und die Bereitstellung der Räumlichkeiten.

Abschließend werden noch die anwesenden Pressevertreter Christian Holzner (RFO) und Marcel Sowa (BGLand24) begrüßt.

TOP 2: Bürokratie – Reformen dringend geboten inkl. TOP 4: Von Schweden lernen? Best Practices

Im Rahmen der jüngsten BIHK-Konjunkturumfrage wurde festgestellt, dass die Geschäftslage weiterhin rückläufig ist. In nahezu allen betrachteten Bereichen zeigt sich eine Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahr.

Die Geschäftserwartungen sind seit nunmehr drei Jahren von ausgeprägtem Pessimismus bestimmt, welcher sich zunehmend verfestigt.

Positiv hervorzuheben ist, dass insbesondere die Branchen Bau und Großhandel erste Anzeichen einer Erholung zeigen und somit aus der zuvor schlechten Lage „herauskommen“.

Gleichzeitig wurden neue Negativrekorde im Bereich der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie bei den Arbeitskosten registriert, die das Geschäftsklima zusätzlich belasten.

Als maßgebliches Hemmnis für die Wirtschaft wird die überbordende Bürokratie identifiziert, welche als zentrales Problem gilt. Vor diesem Hintergrund besteht dringender Reformbedarf, um die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu sichern.

Schweden gilt laut einer aktuellen Studie des ifo Instituts als Spitzenreiter im Bürokratie-Index. Die Analyse zeigt, dass Schweden durch effiziente Verwaltungsstrukturen und innovative Reformen im Umgang mit Bürokratie Maßstäbe setzt.

Eine hochkarätige Delegation aus verschiedenen Bereichen – Staatsregierung, Staatskanzlei, Staatsministerium, Kommunal- und Staatsverwaltung, kommunaler Spitzenverband sowie Unternehmen – hat sich zu einem Informations- und Erfahrungsaustausch auf den Weg gemacht. Der Besuch dient dazu, von den schwedischen Erfahrungen zu lernen und Impulse für dringend benötigte Reformen der eigenen Verwaltungs- und Bürokratiestrukturen zu gewinnen.

In Schweden herrscht ein Mindset, das stark von Pragmatismus geprägt ist. Entscheidungen werden häufig im Konsens getroffen, was das Vertrauen zwischen Bürgern, Behörden und anderen Akteuren fördert. Diese Kultur erleichtert eine kooperative Zusammenarbeit und minimiert Konflikte.

Behörden in Schweden legen großen Wert auf einen serviceorientierten Ansatz. Der Fokus liegt darauf, die Bedürfnisse der Bürger effizient und freundlich zu bedienen, was zu einer hohen Zufriedenheit und Akzeptanz führt.

Die Verwaltung in Schweden ist stark zentralisiert. Daten werden zentral gehalten, was eine einheitliche und effiziente Verwaltung ermöglicht. Diese Zentralisierung erleichtert auch die Steuerung und Kontrolle von Verwaltungsprozessen.

Durch eine enge Vernetzung der Behörden und Register wird ein reibungsloser Informationsfluss gewährleistet. Dies fördert eine schnelle und unkomplizierte Bearbeitung von Anliegen sowie eine bessere Koordination zwischen verschiedenen staatlichen Stellen.

Schweden ist Vorreiter bei der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen. Digitale Lösungen sind weit verbreitet und werden kontinuierlich weiterentwickelt, um Effizienz und Nutzerfreundlichkeit zu maximieren.

TOP 3: Tischumfrage – „Bürokratiehighlights“ aus der Praxis“

Einzelbeiträge

Folgende Beiträge aus der unternehmerischen Praxis wurden genannt:

1.

- Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz: unklar, komplex.
- DSGVO: Notizen zu Allergien (z. B. Lebensmittel) sind verboten – somit ist eine tägliche Kommunikation mit Küche nötig.
- Positiv: Wochenarbeitszeit-Regelung.
- Kritisch: Unsicherheiten und geringe Vorlaufzeiten bei Mehrwertsteueranpassungen.

2.

- DSGVO: Belastung durch Pflege der Lieferantenstammdaten.

- Regelmäßige Prüfungen: Frage nach dem Nutzen der Ergebnisse.
 - Masernschutzgesetz: Muss bei jeder neuen Baustelle bestätigt werden.
- 3.
- Baugenehmigung: Verzögerung von über zwei Jahren trotz frühem Erstkontakt.
 - Fokus der Behörden: auf Einschränkungen statt auf Arbeitsplatzsicherung.
 - Geldwäsche: Kunden müssen bei Barzahlung Nachweise bringen.
- 4.
- NGO-Klagen (Non-Governmental Organization): führen zu vorausseilendem Gehorsam der Behörden.
Beispiele: Kiesabbau, Schadstoffausstoß, Infrastrukturausbau (A8).
- 5.
- 2,5 Mitarbeiter nur für Bürokratie (Verordnungen, Prüfungen).
 - Energiegesetz: Umsetzung vorbereitet, aber keine Zertifizierer verfügbar.
 - Bebauungsplanänderung: dauerte 2,5 Jahre.
 - Kritik: Behördenmitarbeiter treffen keine eigenständigen Entscheidungen, fordern teure Gutachten.
- 6.
- Wochenarbeitszeit positiv, aber nächtliche Ruhearbeitszeit schwer umsetzbar.
- 7.
- DSGVO: Einschränkungen bei Telearbeit in bestimmten Ländern.
 - ChatGPT-Nutzung: interne Regelung notwendig.
 - Datensilos: Kein zentraler Zugriff auf Mitarbeiterdaten, keine Vernetzung der Behörden.
 - Widerspruch: Aufbewahrungspflichten vs. Digitalisierung.
- 8.
- Hygieneverordnung: Schulungen nötig für einfachen Kundenbewirtung (z. B. Snacks, Kaffee).
 - Beauftragte: dokumentieren mehr, als sie gestalten können.
- 9.
- DSGVO & Behördenaustausch: erschwert Arbeitsmarktintegration.
 - Qualifikationen: Deutschland erkennt die Maßnahmen in Salzburg nicht an – Personal muss große Fahrtstecken absolvieren.
- 10.
- Fördermittelbeantragung: zu aufwendig.
Lösungsvorschlag: elektronische Signaturen zur Beschleunigung.

11.

- Baugenehmigungen/Nutzungsänderungen: große Verzögerungen aufgrund von Personalwechsel in der Verwaltung.

12.

- Dokumentationspflichten: hoher Personalaufwand, erhöhte Kosten.
- Grenzgänger: ungeklärte Rechtslagen (z. B. Kindergeld).

13.

- Gesundheitszeugnisse bei Aushilfen: schlechte behördliche Kommunikation.

14.

- Gegensatz von Bürokratie = Vertrauen, was von Behördenseite gegenüber den Unternehmen nicht mehr vorhanden ist.
- Geldwäschegesetz (Immobilien): aufwendige Prüfungen schon bei Erstkontakt, weitere Prüfung teilweise erforderlich.

15.

- Bürokratieabbau als Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit.
- Verbandsklagerecht: konkrete Folgen (z. B. Blockade von Bauprojekten durch NGO-Klagen).
- Rechtssicherheit: kaum Spielraum für Behörden, hohe persönliche Absicherung durch Mitarbeiter nötig.
- Datenaustausch: selbst bei kleinen Anlässen nicht möglich ohne formale Verträge (z. B. Wirtschaftsempfang).

Fazit:

Die Beiträge machen deutlich, dass Bürokratie in vielen Fällen als hemmend, teuer und innovationsfeindlich empfunden wird. Die Unternehmen fühlen sich entmündigt und als "böse" dargestellt.

Positiv hervorgehoben wird die neue Wochenarbeitszeitregelung.

Es besteht ein starker Wunsch nach Digitalisierung, Entlastung und einer Vertrauenskultur gegenüber Unternehmen.

TOP 5: Aktuelles aus der IHK

Informationen zu aktuellen Themen aus der IHK durch Frau Elke Christian:

- Bayerische Wirtschaft setzt auf China: Die handelspolitischen Maßnahmen der USA führen zu einem deutlichen Vertrauensverlust – Unternehmen orientieren sich zunehmend Richtung China und andere Weltregionen. Der BIHK fordert von der EU aktives Handeln: Marktöffnung, Abbau von Hürden und Abschluss neuer Handelsabkommen. [Hier](#) finden Sie mehr Informationen.

- Arbeitskräftemangel in Bayern nimmt weiter zu: Besonders betroffen sind Gastronomie, Handwerk, Pflege und öffentlicher Verkehr, wobei vor allem Fachkräfte und Spezialisten fehlen. Der BIHK fordert verstärkte Maßnahmen zur Erwerbsbeteiligung und Qualifizierung sowie Reformen, um das Arbeitskräfteangebot langfristig zu sichern. Mehr dazu [hier](#).
- Bevölkerung in Bayern wächst und altert: Oberbayern wächst bis 2043 deutlich um rund 234.000 auf 4,96 Millionen Einwohner, vor allem in der Region Ingolstadt und der Metropolregion München. Dieses Wachstum bringt Chancen, stellt jedoch auch die Infrastruktur vor Herausforderungen. Mehr dazu [hier](#).
- „Keine Experimente bei der Energieversorgung“: Der BIHK warnt eindringlich vor der Aufteilung Deutschlands in mehrere Strompreiszonen, da sie Energiekosten in Süddeutschland erhöhen und Investitionen bremsen würde. Statt Zersplitterung fordert der BIHK einen einheitlichen europäischen Strommarkt mit klarer Ausbauperspektive. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Voll digitales Carnet: Die IHK für München und Oberbayern ist bislang europaweit die 1. und einzige IHK, die voll digitale Carnets in Drittstaaten erfolgreich abwickelt.
- Koalitionsvertrag: Die Regierungspläne von Union und SPD gehen aus Sicht des BIHK in die richtige Richtung. Das Ziel eines höheren Potenzialwachstums wird begrüßt, es fehlen jedoch stärkere Anreize für Investitionen und Beschäftigung. Der BIHK setzt große Hoffnungen auf eine ambitionierte Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung. Mehr Informationen dazu [hier](#).
- BIHK-Positionen und Koalitionsverhandlungen: Durch frühzeitige Abstimmung konnten die BIHK-Positionen rechtzeitig verabschiedet und vorgezogen legitimiert werden, wobei das Ehrenamt stärker einbezogen wurde. Die IHK für München und Oberbayern pflegt bereits persönliche Kontakte zu allen oberbayerischen MdBs, während erste Gespräche mit neuen Abgeordneten laufen.
- Praxischeck – Bürokratieabbau im Gastgewerbe: Beim Praxischeck in München haben BMWK, die Bayerische Staatsregierung und Branchenvertreter bürokratische Hürden im Gastgewerbe identifiziert. Im Fokus standen u. a. Hygienevorgaben, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie technische Prüfpflichten. Bund, Land, Behörden und Verbände wollen nun gemeinsam konkrete Entlastungen umsetzen. Mehr dazu finden Sie [hier](#).
- BIHK-Konjunkturumfrage – Frühjahr 2025: Die bayerische Wirtschaft verharrt im Dauertief. Das ist das klare, faktenbasierte Gesamtbild aus der aktuellen BIHK-Konjunkturumfrage unter rund 3.600 Unternehmen im Freistaat. Der BIHK-Konjunkturindex tritt mit 99 Punkten auf der Stelle und liegt weiterhin deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 112 Punkten. Mehr Informationen und Berichte finden Sie [hier](#).
- Wirtschaft fordert Generalsanierung: Die Bayerische Industrie- und Handelskammern legen Forderungskatalog an Bundespolitik vor. Dabei geht es vor allem um den radikalen Bürokratieabbau, mehr Manpower auf dem Arbeitsmarkt und einen starken Binnenmarkt. Die Pressemitteilung finden Sie [hier](#).

- Wirtschaft im Gegenwind – Wachstumsmotoren wieder anwerfen: Damit die Wirtschaft wieder Fahrt aufnimmt, braucht es gezielte Maßnahmen: Mehr Investitionen, ein höheres Arbeitsvolumen sowie höhere Produktivität. Jede wirtschaftspolitische Maßnahme sollte jetzt auf diese drei Hebel einzahlen.

Weiterführende Informationen zu den einzelnen Themen und Terminen zu Webinaren und Veranstaltungen sind unter anderem auf der Webseite der IHK für München und Oberbayern unter <http://www.ihk-muenchen.de> zu finden.

TOP 6: Verschiedenes

Anni Klinger berichtet über die Probleme der Betriebe in und um Freilassing aufgrund der verstärkten Grenzkontrollen. Information der Politik durch die IHK über die Probleme erforderlich.

Irene Wagner informiert noch über den nächsten Sitzungstermin:
Mittwoch, 8. Oktober 2025, 14 Uhr | Ort: wird noch bekannt gegeben

Heinrich Waldhutter
(Protokollführer)

Irene Wagner
(Vorsitzende)

31. Mai 2025